

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Postanstalt des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.- RM.
mit Aufträgen, einzelne Nummern 10 Pf.
: : Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3 : :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Pestzelle 20 Reichspfennige, Eingeladene
Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehné. — Druck und Verlag: Carl Sehné in Dippoldiswalde.

Nr. 20

Montag, am 25. Januar 1932

98. Jahrgang

Deutliches und Sächliches.

Dippoldiswalde. Wieder ein Sonntag ohne Schnee und ohne nennenswerten Verkehr; denn in dichten Nebel war in unserer Gegend alles eingehüllt. Wer aber doch zum Wanderstabe griff und aufwärts wanderte, der würde reich belohnt, da die Höhen des Erzgebirges vollkommen nebelfrei waren und sich herrlichen Sonnenschein erfreuen konnten. Vielfach hatte man gehofft, daß der Nebel Schnee und damit endlich eine Sportperiode bringen würde. Doch wieder war's nichts, heute strahlte wieder die Sonne. Es will nicht Winter werden.

Dippoldiswalde. Mit der Feier ihres Weihnachtsgedächtnisses verbindet die Freiwillige Feuerwehrgesellschaft die Ehrung von Jubilaren, deren sich die Wehr dank der Opferfreudigkeit der Wehrleute und der großen Kameradschaftlichkeit in ihren Reihen ja in besonderer Maße erfreuen kann. In diesem Jahre war die Ehrung nun etwas besonderes, einmal durch die große Zahl von Jubilaren und dann auch, weil einer unter ihnen war, der frisch und gesund und mobil wie ein junger Wehrmann volle 40 Jahre das Ehrenkleid der Feuerwehrgesellschaft getragen, stets einer der ersten war und noch ist, wenn es gilt, den nächsten Out zu schärfen oder die Wehr auszubilden, daß sie ihrer Aufgabe gerecht wird. Aus diesem Grunde wurde das Weihnachtsgedächtnis auch besonders ausgestattet. Um 7/8 Uhr trat die Wehr an und brachte — der nimmermüde Signalisten voraus — den Jubilaren einen Fackelzug. Es war ein schönes Bild, als die feurige Schlange durch die Straßen zog. Um 9/9 Uhr rückte die Wehr in den mit Feuerwehremblemen und -sprüchen geschmückten Sternsaal ein, wo sich schon Angehörige der Wehrleute und eine Anzahl Ehrengäste eingefunden hatten. Dem Vergnügen voraus ging eine Feierstunde. Nach mehreren Musikstücken und nachdem die Kerzen auf den Christbäumen und auf den Tafeln angezündet waren, bewillkommnete Hauptmann Heinrich alle Kameraden, Gäste und Ehrengäste — Vorsitzenden des Landesverbandes Sächs. Feuerwehren, Branddir. Müller, Schmiedeberg, Bürgermeister Dr. Höbmann, Dezerent des Städt. Feuerlöschwesens, Stadtrat Jäckel, Stadtrat Hofmann, Stadtverordneten-Vorsteher Schumann, stellw. Oberführer der Pflichtfeuerwehr, Sehné — und entbot ihnen Dank und Gruß. Während die Musik leise intonierte, erinnerte er an das vergangene Weihnachtsgedächtnis, das, obwohl ein Notweihnachten, doch ein frohes Weihnachtsgedächtnis gewesen sei für alle die, die seinen tiefen Sinn verstehen. Nun sei das Fest vorüber. Werde das neue Jahr, das dunkel vor uns liegt, Besserung bringen? Werden die Wälder einsehen, daß ihr Schicksal untereinander eng verbunden ist? Wärdet sie und im Vaterlande die einzelnen Parteien doch nach dem Wohl der Gesamtheit leben? Einer für alle, alle für einen! Dann werde der Wiederaufstieg kommen, dann werde alle Prüfung eine Läuterung sein. Den Kameraden und ihren Angehörigen wünschte er Erfüllung aller Wünsche, der Wehr starken Bestand, stetigsten Wachwille und guten Fortbestand, für den Abend allen frohe Stunden. Nunmehr trat die Wehr in zwei Gliedern an. Bürgermeister Dr. Höbmann hob hervor, daß die Stadtorde ein großes Interesse an guten Beziehungen zur Wehr habe, und eine besondere Freude sei es ihm, heute feierlich in sie zu kommen, wo eine große Zahl wackerer Wehrleute ausgezeichnet werden sollten, Männer, die 20, 30 und mehr Jahre der Wehr angehört haben und in dieser Zeit treue Dienste leisteten und ihren Mitmenschen in Stunden der Gefahr mit Mut und Ausdauer beistanden. Er überreichte Hauptmann Heinrich, der 25 Jahre dem Kommando der Wehr angehört, ein Anerkennungsdiplom des Stadtrats mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes für das Geleistete und der Bitte, um weitere freiwillige Dienste. In gleicher Weise wurde Hauptmann Häßel geehrt, der 25 Jahre die Kamerade der Wehr in bester Ordnung gehalten hat. Ein gleichartiges Schreiben war auch Hauptmann Reichel zugesprochen worden, der ebenfalls 25 Jahre dem Kommando angehört. Dem stellw. Führer Eisner wurde ein Ehrenbrief für 15-jährige ununterbrochene Dienstzeit ausgereicht, und dem Steiger Heintze überreichte Bürgermeister Dr. Höbmann für 30-jährige Dienstzeit als Anerkennung der Stadt eine silberne Uhrkette mit Anhänger, der das Wappen der Stadt trägt. Mit dem Dank verband er Glückwünsche und die Bitte an die Ausgereichten, ihre Kräfte weiter in den Dienst der Wehr und damit der Stadt zu stellen und so der Jugend als Vorbild zu dienen. Allen Wehrleuten sprach er dann noch Dank und Anerkennung aus und wünschte ihnen eine frohe und bessere Zukunft. Branddirektor Müller, Schmiedeberg, betonte die engen Bande, die ihn nicht nur als Landesverbandsvorsitzenden, sondern seit Jahrzehnten schon als Bezirksvorsitzenden und Führer der Nachbarwehr mit Dippoldiswalde verknüpfen. Er erinnerte an das Schwerk in den letzten vier Wochen, wo durch schnelles, gemeinsames Eingreifen die Ausbreitung des von ruchloser Hand entzündeten Feuers verhindert werden konnte und wünschte, daß es gelingen möchte, des Latters recht bald habhaft zu werden. Er sprach besonders dem Motorlöschzug, der immer in kürzester Zeit zur Stelle war, Anerkennung aus und knüpfte den Wunsch auf weitere gedächtnisvolle Zusammenarbeit an, wenn wieder der Ruf um Hilfe erschalle. Zur Weihnachtsgedächtnisfeier, die nicht ein großes Fest sein sollte, sondern wo man nur die Kameradschaft pflegen wolle, überbrachte er Grüße der Nachbarwehr Schmiedeberg, des Bezirks- und Landesverbandes. Anschließend überreichte er mit dem Ausdruck besonderer Freude dem Adjutanten Hölz das Diplom des Landesverbandes für 20-jährige Dienstzeit, und wandte sich dann mit ehrenden Worten an Kameraden Sektionsführer Roche, der 40 Jahre aktiv bei der Wehr gedient hat. Was das bedeute, werde heutigen Tags nicht mehr so anerkannt als früher. Nächsten sich die Verhältnisse wieder besser gestalten, damit auch der Wahlanspruch wieder Wahrheit werde: Einer für alle, alle für einen! Der Jubilar habe an diesem Wahlanspruch getreulich festgehalten, und es sei ihm eine besondere Freude, ihm das Ehrenkleid (goldene Medaille am weiß-grünen Bande) des Landesverbandes persönlich anheften zu dürfen. Nach besten Wünschen verband er fernerhin Glückwünsche, bat er die Wehr, einzugliedern in ein dreifaches „Gut Wehr“ auf die Jubilare. Sektionsführer Roche

Deutschland und das Abrüstungsproblem

Positiver Wille zum Erfolg — Eindeutige Rechtslage

Die bevorstehende Abrüstungskonferenz, die in der Weltöffentlichkeit unter den verschiedensten Gesichtspunkten erörtert wird, bedeutet in ihrer äußeren Form für Deutschland den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages gegenüber insofern eine völlig veränderte Lage, als uns bei dieser Konferenz nicht etwa nur die Vertragspartner des Versailler Vertrages gegenüberstehen, sondern daß insgesamt 64 Staaten, Mitglieder und Nichtmitglieder des Völkerbundes zusammentreten, um die im Artikel 8 der Völkerbundsatzung und in Teil V des Versailler Vertrages vorgesehene allgemeine Abrüstung einzuleiten. Der Artikel 8 der Völkerbundsatzung fordert wie bekannt die allgemeine Abrüstung, wie in Teil V des Versailler Vertrages die Abrüstung Deutschlands als Voraussetzung für die Abrüstung der anderen Staaten genannt ist.

In Berliner politischen Kreisen vertritt man den Standpunkt, daß die Abrüstungsverhandlungen möglichst im Sinne eines positiven Willens zum Erfolg geführt werden müssen und nicht etwa im Sinne gegenseitiger Kritik und Vorwürfe. Die Abrüstung, wie sie in den internationalen Verträgen vorgesehen ist, kann und darf nur eine allgemeine sein, an der alle Partner in gleicher Weise beteiligt werden müssen. Da der Artikel 8 der Völkerbundsatzung im Absatz 2 auch ein Mindestmaß der Sicherheit als Voraussetzung für

die Abrüstung bezeichnet, ist anzunehmen, daß auf der Konferenz eine eingehende Erörterung der Sicherheitsfrage erfolgen wird. Diese Ausprache über die Sicherheitsfrage wird zwei Arten von Sicherheit umfassen, einmal die kollektive Sicherheit; das bedeutet die Erörterung darüber, inwieweit die bereits vorgesehenen internationalen Sicherungsmahnahmen dazu dienen können, das Mindestmaß der Abrüstung möglichst weit heruntorzubringen, und zweitens die Frage der internationalen Sicherheit, also die Frage, inwieweit die Verhältnisse des einzelnen Landes unter Berücksichtigung seiner geographischen, politischen und wirtschaftlichen Lage bei der Abrüstung beachtet werden müssen.

Der Standpunkt Deutschlands zu den einzelnen Themen der Abrüstungskonferenz ist in der Silvester-Ansprache des Reichspräsidenten und in den wiederholten Erklärungen deutscher Minister, insbesondere des Reichswehrministers, eindeutig zum Ausdruck gekommen. Deutschland hat jederzeit den Konventionen des Völkerbundes treu geblieben und wird auch weiterhin treu bleiben. Es wird auch auf der kommenden Konferenz an diesem Standpunkt festhalten. Die erwähnten Bestimmungen der internationalen Verträge bedeuten, wie immer nur wiederholt werden kann, eine ganz einseitige Rechtslage zugunsten Deutschlands in der Abrüstungsfrage.

Verstorbenen die gebührende Ehrung. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und der Eingänge durch den Vorsteher trat nun das Vergnügungskomitee seine gut vorbereitete Arbeit an, Göbel als Ausleger und Erklärer geliebter Schallplatten, Grünide als Lichtbildner und Kadner als Turnlehrer. Die Vorführungen verliefen unter der Leitung des stellw. Vorstehers im Unterrichtsaal. Während das Grammophon einen forschenden Marsch spielte, führte Kadner eine kleine Schar Turnerinnen aus der 1. Schulklasse in den Saal und turnte mit ihnen nach dem Takte verschiedener Musikstücke, deren Charakter die Körperbewegungen entsprachen. Zuletzt nahen sich die Mädchen selbständig nach kurzen Angaben, aber ohne Vorturnen, dem Spiele an. Weitere Vorführungen von Schallplatten, z. B. Vieder aus dem Mittelalter, von fremden Völkern, Verschiedenheit der Herzschläge, zeigten, wie dies Unterrichtsmittel auch in anderen Fächern gute Dienste leisten kann. Zuletzt bewiesen Lichtbilder von Landschaften aus den Alpen und aus dem Orient, wie die Musik aus dem Charakter dieser Bilder entspringt. Diese Darbietungen, mit dankbarer Zustimmung angehört und angesehen, boten ein wirklich großes Vergnügen, aber auch Anregung zur weiteren Arbeit in der Schule. Doch sich die Anwesenden die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, die Klänge der Schallplatten nun auch ihrerseits in Tanzformen zu gestalten, wer könnte es ihnen verargen.

Glashütte. Nach einer Regelung mit dem Gau sind Anfang des Jahres zu der Ortsgruppe Glashütte des Reichsverbandes für deutsche Jugendherbergen nun auch die Mitglieder von Liebstadt u. Umg. hinzugekommen, so daß dadurch die junge Ortsgruppe von einem Mitgliederbestande von über 50 rechnen kann. Weitere Anmeldungen von Freunden des Jugendwanderns aus Reinhardtsgrünna liegen vor.

Glashütte. Der Führer der evangelischen Jungmänner, Bruder Falkenstein, welcher auch im Bezirk durch seine intensive Aufbauarbeit der Posamenschilde sich verdient gemacht hat, verläßt am 1. April Glashütte und seinen Wirkungskreis, um einen Posten bei der Dresdener Stadtmission zu übernehmen.

Glashütte. Aufgebieten wurde der Mechaniker Hermann Gerhard Ernst Praßer mit der Kantoristin Margarethe Susanne Faust.

Hörsdorf. Am gestrigen Sonntag konnte Privatus Oskar Kunath mit seiner Frau Anna geb. Richter bei vollster körperlicher und geistiger Frische unter reger Anteilnahme der ganzen Gemeinde das goldene Hochzeitsfest feiern. Mögen alle die vielen und guten Wünsche, die dem Jubelpaar dargebracht wurden, in Erfüllung gehen.

Kreischa. In der Nähe der Hammelmühle fuhr Freitag nachmittag ein Personenkraftwagen in den Straßengraben. Die Insassen, ein Mann und eine Frau, wurden schwer verletzt und wurden im Krankenauto nach dem Johannstädter Krankenhaus in Dresden gebracht.

Wetter für morgen:

Reißt schwache Winde, hauptsächlich aus Richtungen um Südost. Zeitweise Nebel bei Hochnebel, sonst im wesentlichen wolkenlos. Temperatur-Verhältnisse wenig verändert.

Folien-Keramik-Verfahren. Man wird gut tun, wenn man Keramiken bei 1000 Grad Celsius brennt. Die Ergebnisse sind nicht weniger als üblich.

Die Weihnachtsfeier der Kameraden der Dippoldiswalder Wehr am 25. Januar. Ein frohes und erfolgreiches Fest.

Kurze Notizen

Wie die Deutschnationale Volkspartei mitteilt, hat der Polizeipräsident von Berlin, dem Presseschef der DNVP, Prof. Dr. Bruns, mitgeteilt, daß er Versammlungen, in denen Prof. Dr. Bruns als Redner vorgesehen sei, nicht mehr zulassen werde.

Die finnische Regierung beriet über die Lage, die durch die Erhöhung des deutschen Butterzollens entstanden ist. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Zollhöhung den finnisch-deutschen Handelsvertrag „kränkt“. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Wirtschaftsstruktur und Krise

Von Dr. C. N. Andre

Bei der Frage nach den Bedingungen und Gründen der gegenwärtigen anhaltenden und enormen Arbeitslosigkeit in allen Ländern der Erde muß es auf den ersten Blick auffallen, daß die größten und führenden Industriestaaten weitaus die Spitze halten. Eine Betrachtung über die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit in Deutschland muß dabei zu auffallenden Ergebnissen kommen. Das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht hierüber eine beachtenswerte Statistik. Eine Ergänzung dieser Statistik mit den Angaben des Statistischen Jahrbuches für 1931 über die prozentuale Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Berufsgruppen — wobei die in der Hauptsache mit der Industrie verhaftete Berufsgruppe „Handel und Verkehr“ jener zugeordnet werden kann — zeigt mit ziemlicher Genauigkeit, wie die Auswirkung der Arbeitslosigkeit fällt bei steigender Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors in der einzelnen Landschaft. Allerdings muß man einschränken, daß die Agrarkrise sich infolge der speziellen Besitzverhältnisse überhaupt nicht in der Ermittlung der Arbeitslosenziffern ausdrücken läßt.

Die meisten Arbeitslosenfamilien hat mit 249,7 auf 1000 Einwohner der Stadtstaat Bremen, obwohl von den Erwerbstätigen dieses Staates immerhin noch 3,2 v. H. in der Land- und Forstwirtschaft und 79,1 v. H. in Industrie und Handel tätig sind. Nach Bremen folgt sofort die Reichshauptstadt. In Berlin entfallen auf 1000 Einwohner 215,2 Arbeitslosenfamilien. Hier sind 81 v. H. der Erwerbstätigen ihre Beschäftigung in Handel und Industrie. Diesen beiden großen Städten folgt nun ein ganzes Land, nämlich Sachsen. Der Freistaat Sachsen hat auf 1000 seiner Einwohner 213,2 Arbeitslosenfamilien. Seine Bevölkerung ist zu 12,4 v. H. der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und zu 77,9 v. H. in der Industrie und Handel beschäftigt. An der vierten Stelle steht eine Provinz, die Provinz Westfalen zählt zwar schon 19,8 v. H. der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und noch 69 v. H. in Industrie und Handel. Aber trotz der als günstigeren Zusammensetzung der Bevölkerung muß sie auf 1000 Einwohner immer noch 206,3 Arbeitslosenfamilien durchschleppen. Schon wesentlich günstiger liegen die Verhältnisse in der Rheinprovinz. Hier entfallen auf 1000 Einwohner 184,9 Arbeitslosenfamilien. Dabei sind 68,6 v. H. der erwerbstätigen Bevölkerung in Industrie und Handel und 19,3 v. H. in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Je mehr die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft im Verhältnis zu den Erwerbstätigen in der Industrie und dem Handel zunimmt, um so günstiger stellt sich das Verhältnis der Arbeitslosigkeit. Die Provinz Sachsen ist z. B. schon viel ausgeglichener als der Freistaat. In der Provinz sind 32,9 v. H. der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft ihre Arbeit und 56,6 v. H. in Industrie und Handel. Darum hat die Provinz auch nur 165,6 Arbeitslosenfamilien auf 1000 Einwohner. Im Freistaat Bayern, wo der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft mit 43,8 v. H. hundert und in Industrie und Handel mit 46,3 v. H. ziemlich ausgeglichen ist, werden 122,2 Arbeitslosenfamilien auf 1000 Einwohner des Freistaates gezählt. Die günstigsten Verhältnisse sind in den Freistaaten Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin und die allergeringsten in Württemberg. Württemberg hat nur 78,7 Arbeitslosenfamilien auf 1000 Einwohner bei 41,7 v. H. der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und 49,6 v. H. in Industrie und Handel.

Immerhin kommt die Stichhaltigkeit der Aufstellung nicht an den Tatbestand heran, wie vor allem das Beispiel bei Württemberg zeigt. Württemberg scheint relativ am geringsten von allen deutschen Landschaften gefährdet. Seit jeher steht dieses süddeutsche Land in dem Ruf einer beispielhaften Ausgeglichenheit seiner wirtschaftlichen Struktur. Mit Ausnahme einiger weniger großindustrieller Standorte herrscht der mittlere und kleine, oft noch ausgesprochen handwerkliche Betrieb vor, wobei die Veredelungs- und Bearbeitungsindustrie den Vorrang hat. Branchen wiederum, die sich besonders günstig und wirtschaftlich im kleineren Spezial- und Fachbetrieb stellen. Hinsichtlich der Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land schneidet Württemberg unter allen deutschen Landschaften, was Gleichgewichtslage und Proportion angeht, am günstigsten ab. 13,3 v. H. der Bevölkerung wohnen in Gemeinden über 100 000, 40,2 v. H. in Gemeinden zwischen 2000 und 100 000, 45,6 v. H. in Gemeinden unter 2000 Einwohnern. Im Rahmen der Gesamtsituation hat sich also das „Rustertland“ zu einer Art von Kriseninsel entwickelt.

Daß im übrigen die Aufstellung ihre Grenzen hinsichtlich etwaiger Schlußfolgerungen hat, ist zuzugeben, wie das

Beispiel Westfalens beweist. Hier hat das Schema der Arbeitslosigkeit des westfälischen Ruhrgebiets, der Bielefelder Ecke und des sauerländischen Kleinindustriengebiets auf den agrarischen nördlichen Teil reparieren müssen, der vermöge seiner bäuerlichen Landverfassung noch heute im wesentlichen intakt ist, so daß etwa die Stadt Münster infolge ihres Hinterlandes die geringste Arbeitslosigkeit unter den deutschen Großstädten zählt.

Während zwar das Mischungsverhältnis zwischen den einzelnen Branchen in Württemberg sich in keiner Weise einordnen läßt und das Land an eine bevorzugte Stelle rückt, gestattet im großen und ganzen die Statistik die Einteilung, daß sich die Arbeitslosigkeit, in den rein oder überwiegend agrarischen Bezirken, Mecklenburg, Oldenburg, Pommern, Ostpreußen, Brandenburg (ohne Berlin), Bayern, Grenzmark, Oberschlesien (nach heutiger Grenzziehung) geringer auswirkt als in den Provinzen, die in zunehmendem Maße industriell strukturiert sind. Ist gegenwärtig ein Reichsdurchschnitt an Arbeitslosen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen auf ungefähr 18 v. H. auszurechnen, so liegen die agrarischen Bezirke erheblich darunter, voran die südwestdeutsche Ecke, während die industriellen Provinzen zum Teil diesen Durchschnitt beträchtlich übersteigen. In Sachsen ist, den Tatsachen entsprechend, die Not am fühlbarsten, das zudem unter den deutschen Landschaften die dichteste Bevölkerung aufweist, auch hierin noch den anderen großen Gefahrenherd, den Ruhrbezirk, übertreffend.

Brünings Antwort

Brief der Reichsregierung an Hitler.

Berlin, 24. Januar.

Die Antwort der Reichsregierung an Hitler wird nunmehr veröffentlicht. Der Brief befaßt sich mit den verfassungsrechtlichen und den politischen Bedenken, die Hitler gegen die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten geäußert hatte. Der Kanzler weist in dem Briefe darauf hin, daß es sich niemals um die Aufhebung der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt habe, sondern daß es sich lediglich darum handele, die Amtsdauer der geschäftlichen Gestalt des jetzigen Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohls des Volkes auf eine gewisse Zeit zu verlängern. Der Kanzler weist sodann darauf hin, daß eine Änderung der Verfassung im Wege der Gesetzgebung zulässig und die politischen Argumente Hitlers unzulänglich seien. Er betont, eine Anregung in der Präsidentschaftsfrage sei ausschließlich von nationalen, überparteilichen Gesichtspunkten diktiert gewesen.

Er müsse es ablehnen, mit Hitler in eine Erörterung über Schlagwortbegriffe einzutreten. Er müsse es ferner auffällig finden, daß er die Hauptursachen der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführe. Nach fast allgemeiner Auffassung sei ein außenpolitischer Tatbestand, nämlich der Versailles Vertrag, mit seiner politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und Unernst der entscheidende Grund der deutschen Not. An diesem Gesichtspunkt gehe Hitler vorbei. Wenn er im übrigen seine, Brünings, Anregung in der Präsidentschaftsfrage als ein Produkt der Angst des Systems vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezeichne, so könne er damit seine, Brünings, Mitarbeiter und ihn selbst nicht treffen. Durch das Vertrauen des Reichspräsidenten auf den Posten gestellt, kennen sie alle nur ein Ziel, Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not. Der Kanzler schließt dann mit folgenden Worten:

„Wir scheuen daher auch das Urteil des deutschen Volkes über unsere Maßnahmen nicht. Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Befestigung des „herrschenden Systems“ als einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands bewerten zu sollen glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für diesen Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an die Befreiung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu setzen entschlossen ist, überlassen. Es muß Ihnen betannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht wird. Ebenso aber werden Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Geschlossenheit bedingt ist, mit der die Nation hinter ihren Unterhändlern steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt. Wenn Sie zum Schluß meine Fühlungnahme mit Ihnen als dem Führer einer, wie Sie sagen, jahrelang verfeimten Partei von dem Gesichtspunkt der Moral aus beaufstanden, so kann ich Ihnen nur erwidern, daß es nicht das erste Mal war, daß ich mit Ihnen politische Probleme besprach, und daß es andererseits sich für mich von selbst versteht, daß ich mich in einer die ganze Nation tief bewegenden Frage auch mit dem Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unmittelbar in Verbindung setze.“

Mit vorzüglicher Hochachtung geg. Brünings.

Deutsches Kreditabkommen 1932

Die neuen Stillhalte-Vereinbarungen.

Berlin, 24. Januar.

Nach langwierigen und komplizierten Verhandlungen zwischen Vertretern ausländischer Gläubigerbanken und Mitgliedern des Deutschen Schuldnerausschusses ist ein als „Deutsches Kreditabkommen 1932“ bezeichnetes Abkommen zustande gekommen, das die Rechtsbeziehungen zwischen den ausländischen Bankengläubigern und den privaten Schuldner kurzfristiger Kredite für ein weiteres Jahr regelt. Der Abschluß ist von Auslandsseite an die Voraussetzung geknüpft, daß die deutsche Gesetzgebung in bisheriger Weise die Durchführung des Abkommens sichert. Die ausländischen Bankengläubiger sollen, falls diese Bedingung nicht erfüllt

wird, berechtigt sein, das Abkommen zu kündigen, ebenso für den Fall, daß die der Reichsbank über die BZB gewährten Notenbankkredite nicht erneuert werden, oder wenn besondere finanzwirtschaftliche Ereignisse auf internationalem Gebiet nach Auffassung der ausländischen Bankenausschüsse die Ausführung des Abkommens wesentlich gefährden.

Das Abkommen endigt automatisch im Falle der Erklärung eines deutschen Auslandsmoratoriums. Von dem Abkommen werden alle kurzfristigen ausländischen Verbindlichkeiten deutscher Banken, Handels- und Industriefirmen betroffen, und zwar auch die erst nach dem 1. 3. 1932 während der Dauer des neuen Abkommens fällig werdenden Verbindlichkeiten. Das Abkommen sieht keine festen Barrückzahlungen vor, beginnt aber mit einer Rückführung der unbenuhten Kreditlinien. Jeder Gläubiger ist berechtigt, am 1. 3. 1932 die Gesamtheit der von ihm zugefügten Kredite um zehn Prozent zu kürzen, jedoch nur im Rahmen der unbenuhten Kreditlinien.

Eine besondere Behandlung, welche die Ansätze zu langfristiger Konsolidierung der Schulden erkennen läßt, ist für die von den deutschen Banken am 29. 2. 1932 in Anspruch zu nehmenden ungesicherten Barcredite vorgesehen. Die betreffenden deutschen Banken sollen Werte im ausmachenden Betrage von fünfzehn Prozent dieser ungesicherten Barcredite, und zwar in erster Linie Sola-Wechsel ihrer Debitoren, bei der Reichsbank als Treuhänderin einliefern, wobei diese Werte auf einen Gesamtbetrag von ungefähr zweihundert Millionen RM geschätzt werden. Auf Grund dieser Unterlagen werden zu sechs Prozent verzinsliche in Halbjahresraten rückzahlbare zehnjährige Zertifikate ausgestellt, die an Zahlungs Statt an die diese Form der Rückzahlung wünschenden ausländischen Gläubiger gegeben werden.

Für die Möglichkeit eines Anschlusses der Industriekredite an dieses System sind die Voraussetzungen geschaffen. Einen anderen Weg zur Umwandlung der kurzfristigen Schulden in langfristige Kapitalanlagen kann der Gläubiger beschreiten, indem er über seine am 29. 2. 1932 ausstehenden ungesicherten Valutakassakredite sowie die fällig werdenden älteren Kredite gleichen Charakters in Reichsmark verfügt und den Reichsmarkbetrag in Deutschland entweder für mindestens fünf Jahre hypothekarisch festlegt oder Wertpapiere irgendwelcher Art kauft oder Grundbesitz und dergleichen, und zwar mit entsprechender Sperrfrist unter Aufsicht der Reichsbank erwirbt.

Für die Inanspruchnahme der von den ausländischen Banken zur Verfügung gestellten Akzeptkredite ist ein den deutschen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechender größerer Rahmen geschaffen worden, der die Warenbewegung einschließlich der Verarbeitung importierter Güter und die dem Export vorausgehenden Fabrikationsvorgänge und Warenbewegungen umfaßt, und dadurch wohl alle Arten von Ziehungen deckt, wie sie sich aus den Bedürfnissen des deutschen Geschäfts in der Vergangenheit und Gegenwart ergeben.

Gegenüber den bisherigen Abkommen bedeuten diese Bestimmungen insofern eine erhebliche Erleichterung, als die zur Verfügung gestellten Kreditlinien wieder in bequemer Weise ausgenutzt werden können. In der Frage der Zinsen und Provisionen konnte leider eine grundsätzliche Verbesserung nicht erzielt werden. Es ist jedoch zu hoffen, daß die im Vertrag enthaltene und in den Verhandlungen vielfach ausgesprochene Empfehlung sich in einer gewissen Ermäßigung der Zins- und Provisionsätze auswirken wird.

Zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien ist wiederum ein Schiedsgericht vorgelesen, das auch weiterhin in völlig freier Entscheidung seitens der BZB ernannt wird. Die Garantieverpflichtung der Golddiskontbank wird auch auf die unter das neue Abkommen fallenden, also nach dem 1. März 1932 fällig werdenden Auslandsschulden ausgedehnt. Sie wird zum Vertreter der ausländischen Gläubiger bestellt, so daß sie die Forderungen direkt nach ihrem Ermessen einziehen kann.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Abkommen trotz einer gewissen bei solchen Verträgen kaum vermeidbaren Kompliziertheit mancher Einzelbestimmungen doch einen tragbaren Ausgleich der Interessen darstellt zur Aufrechterhaltung und Fortführung der internationalen Handels- und Kreditbeziehungen. Naturgemäß wird das Gelingen der Durchführung des neuen Abkommens in erster Linie von der verständnisvollen Zusammenarbeit auf Gläubiger- wie auf Schuldnerseite abhängen.

Befehlennigte Osthilfeschuldung

Berlin, 24. Januar

Die zwischen der Oststelle und der Reichsbank geführten Verhandlungen wegen der Schaffung von Lombardmöglichkeiten für die neuzubehabenden Rentenbank-Schuldverreibungen nehmen einen günstigen Verlauf, so daß damit zu rechnen ist, daß sich das Reichskabinett bereits in den ersten Tagen der neuen Woche mit der neuen Osthilfs-Borlage beschäftigen wird.

Noch einmal Hessenwahl

Staatspräsident Adenung über die Landtagsauflösung.

Darmstadt, 24. Januar.

Der hessische Staatspräsident Dr. Adenung erklärte in einer Unterredung u. a., bei der Selbstauflösung des Parlaments sei die Aufgabe der Regierung, die Geschäfte des Staates zu führen, sehr schwer.

Wenn die hessische Wählererschaft berufen sein werde, selbst erneut Stellung zu nehmen, sei noch nicht bestimmt, aber daß dieser Zeitpunkt nicht allzufern sein werde, dürfe man wohl annehmen.

Mit Zweidrittelmehrheit könne der Landtag sich selbst auflösen; eine solche Mehrheit sei gegeben, wenn sich neben den radikalen Flügelparteien auch die Sozialdemokraten oder

